

Newsletter April 2021

Impfen, Testen, Maske tragen

Mit Blick auf die Schulen im Lande gibt es momentan den folgenden Stand:

Impfen: Grundschullehrkräfte sind, ebenso wie Erzieher*innen, in die Priorität 2 aufgerückt und können sich dieser Tage um einen Impftermin bemühen. Grundlage hierfür war ein Beschluss der Gesundheitsminister von Bund und Ländern. Der gilt auch für weitere Beschäftigte an Grundschulen, z.B. Schulassistentenkräfte. Er gilt nicht für Lehrkräfte an weiterführenden Schulen. Warum das so ist, haben wir in einer Kleinen Anfrage hinterfragt. Die Antwort steht noch aus.



Testen: Nachdem die Landesregierung lange zögerte, Lehrkräften Tests zu ermöglichen und noch länger zögerte, dies auch für Schülerinnen und Schüler zu tun, geht es jetzt los. Lehrkräfte dürfen sich zweimal in der Woche testen lassen, für die Schülerinnen und Schüler bekommen die Schulen Testkits für einen Test in der Woche. Einige Fragen sind noch offen: Soll man Erstklässern, die eigentlich die Schule kaum kennen, den Test tatsächlich in der Schule zumuten und nicht mit nach Hause geben? Und braucht es nicht doch mehr pädagogische Betreuung nach einem Positiv-Test? Kopfzerbrechen bereitet auch dieser Satz aus der Verordnung: „Vereinbarungen jedweder Art innerhalb der Schulgemeinschaft zum Umgang mit den Schnelltests sind unzulässig.“



Maske tragen: Anträge der SPD, die Bevölkerung in Schleswig-Holstein insgesamt mit medizinischen Masken auszustatten, wie es etwa Bremen tut, hat Jamaika abgelehnt. Mindestens sollten die Schulen jetzt alle so ausgestattet sein, dass sie bei vergessenen oder kaputten Masken den Kindern helfen können. Für alle Lehrkräfte sollen FFP2-Masken verfügbar sei.



Podcast: Friedrichs Flaschenpost



Schulen auf? Schulen zu? Das ist die aktuelle Frage. In der neuen #Flaschenpost geht es aber auch darum, was Schulen grundsätzlich brauchen: weniger Flure, mehr Laptops, regelmäßige Stuhlkreise. Mit Martin Habersaat und der GEW-Landesvorsitzenden Astrid Henke. Friedrichs Flaschenpost ist der Politik-Podcast für Norddeutschland vom Julius-Leber-Forum, dem Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.

<https://soundcloud.com/user-403206574/folge-35>

Die Aufarbeitung an den Corona-Folgen der Schule fängt jetzt erst an

Mit der Diskussion um die ‚Lern-Milliarde‘, die der Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann, Bildungsministerin Karin Prien und andere fordern, kommt neuer Schwung in die Debatte um dringend benötigte Unterstützung für Schülerinnen und Schüler. SPD und SSW haben einen Katalog von konkreten Maßnahmen vorgelegt, die jetzt umgesetzt werden müssen:



Unterstützung durch Lehramtsstudierende, Lehrkräfte im Ruhestand, Dozent*innen der Volkshochschulen und der Dänischen Volkshochschule und andere geeignete Personen

Um personelle Engpässe zu bewältigen und um übermäßige Belastungen der Lehrkräfte abzumildern, die durch den Ausfall von Lehrkräften, durch die Mehrfachbelastung von Distanz- und Wechselunterricht und parallel stattfindender Notbetreuung, ständiger Überarbeitung der Stoffverteilungspläne und der Unterrichtseinheiten je nach Pandemiegeschehen oder aus anderen Gründen entstehen, sollen alle Schulen die Möglichkeit erhalten, geeignete Personen einzustellen. Diese sollen im Unterricht unterstützen, etwa um die Teilung von Klassen zu ermöglichen. Weiteres Einsatzgebiet sollen individuelle Fördermaßnahmen sein wie Förderunterricht, Nachhilfe, Tutorien oder Online-Sprechstunden. Drittes Tätigkeitsfeld wären zusätzliche Lernangebote wie etwa eine Neuauflage des Lernsommers.

Verfügungsfonds für die Schulen

Das Land sollte jeder Schule einen Verfügungsfonds für die Einstellung von zusätzlichem Personal und die Durchführung weiterer Maßnahmen bereitstellen. Wir denken zunächst an einen Betrag von 30 Euro pro Schüler*in. Die Schulen wüssten dann konkret, womit sie rechnen können, könnten ihre Planungen verlässlich angehen und dabei auf spezifische Herausforderungen und Möglichkeiten vor Ort reagieren. An einigen weiterführenden Schulen gibt es beispielsweise etablierte Strukturen wie „Schüler helfen Schülern“, die in dieser besonderen Lage ausgebaut und mit finanziellen Anreizen für ältere Schülerinnen und Schüler versehen werden könnten, die jüngeren helfen. Zuweilen werden auch erfolgreich ehemalige Schülerinnen und Schüler in Nachhilfe- und Ferienangebote eingebunden, auch solche Projekte könnten mit den Mitteln ausgebaut werden.



Lernunterstützende Systeme

Es gibt im Internet eine Reihe von kostenpflichtigen Unterstützungsangeboten für Schülerinnen und Schüler. Spätestens zu den Abschlussprüfungen hin machen viele Familien mit diesen Angeboten Bekanntschaft. Die Unterstützung durch solche Angebote muss aber nicht der privaten Initiative und dem privaten Geldbeutel überlassen bleiben. Das Land Bremen beispielsweise kooperiert seit Jahren mit dem Anbieter

„Sofatutor“, der vor allem Lernvideos, Arbeitsblätter und 1:1-Chats mit Lehrkräften anbietet. Bremen hat diese Angebote regelhaft in die dort flächendeckend genutzte Lernplattform „itslearning“ integriert. Ein weiterer Vorteil ist, dass sich beispielsweise die Lernvideos so auch in den Unterricht integrieren lassen.

Außerschulisches Lern- und Förderprogramm

Wir brauchen auch außerschulische Angebote, die nachmittags in der Unterrichtszeit oder in den Ferien freiwillig wahrgenommen werden können. Hierfür schlagen wir die Zusammenarbeit mit privaten Bildungsanbietern vor, die ihre Bereitschaft auch bereits erklärt haben. Auch hier gibt es Bundesländer, die das bereits tun. Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht auf Landeskosten allen Schülerinnen und Schülern bis zu 30 Förderstunden à 45 Minuten bei privaten Anbietern.

Außerdem haben wir gefordert, die Arbeit von Landesschülervertretungen und Landeselternvertretungen besser zu unterstützen.

Anträge:

Landtagsrede von Kai Vogel

Schulassistentenz

Zum Schuljahr 2015/16 hatte die damalige Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW mit der Schulischen Assistenz eine zusätzliche Ressource zur Unterstützung der Arbeit der Grundschulen in Schleswig-Holstein eingeführt. Die Zusage war, die Schulische Assistenz als verlässliches Element der multiprofessionellen Ausstattung von Schulen dauerhaft zu etablieren. CDU, Grüne und FDP fühlten sich an diese Zusage nicht gebunden und gaben zunächst ein Gutachten in Auftrag. Dieses kostete 200.000 Euro und sollte im Sommer 2019 vorliegen. Im Frühling 2021 kam es jetzt tatsächlich – und immerhin mit einem positiven Testat für unsere Maßnahme.

*„Grundschulen erhalten in Schleswig-Holstein mit der Schulischen Assistenz flexibel einsetzbare und als hilfreich bewertete Unterstützung, die hohe Akzeptanz findet. Dies konnte durch die vorliegende Evaluation für die Gesamtheit der Grundschulen in Schleswig-Holstein bestätigt werden. **Auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem ist die Schulische Assistenz ein wichtiger und durch die Evaluation als richtig eingeschätzter Schritt.**“*

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/umdrucke/05500/umdruck-19-05548.pdf>

Ein Ende der Schulassistenten können jetzt nicht einmal mehr CDU und FDP wollen. Die Schulische Assistenten wird vom Land Schleswig-Holstein finanziert und im Optionsmodell organisiert: Die Assistentenkräfte können entweder beim Schulträger selbst beschäftigt sein (Option 1) oder – im Auftrag des Schulträgers – bei einem freien Träger (Option 2). In diesen Fällen erstattet das Land den Anstellungsträgern die Kosten. An den Schulstandorten, an denen diese Lösungen nicht realisiert werden konnten, hat das Land die Anstellungsträgerschaft übernommen (Option 3) und entsprechendes Personal beschäftigt. Alle 343 nach Option 3 eingestellten Kräfte sind unbefristet beschäftigt – jetzt sollten auch endlich anderen Verträge entfristet werden.

Fake News machen kein Kind glücklich

Nachdem Ende 2020 „Maskengegner“ Flugblätter vor Schulhöfen verteilten, haben die Querdenker nun das Medium gewechselt: In Schleswig-Holstein tauchen Plakate der Initiative „Eltern stehen auf“ in der Nähe von Schulen und Kindertagesstätten auf. In den Überschriften geht es den Initiatoren um glückliche Kinder, und wer wollte die nicht? Die Mittel dieser Initiative führen aber aus meiner Sicht eben nicht zu glücklichen Kindern – zu Beginn der dritten Corona-Welle wird dort Propaganda gegen Schutzmasken, gegen das Abstandhalten und gegen Impfungen gemacht. Auf den Webseiten der Initiative ist von ‚Impf-Wahn‘ die Rede und wie bei jeder guten Verschwörungstheorie wird auch Bill Gates zitiert.

Ein „Sorgentelefon“ scheint sich direkt an Grundschülerinnen und Grundschüler zu wenden. Wenn denen dann aber dasselbe raunende und corona-leugnende Weltbild vermittelt wird, wie es sich auf den Webseiten der Initiative findet, ist das eher ein Grund zu mehr Sorge als zu weniger. Als Kronzeugen aufgeföhren werden der Kita-Gegner Michael Hüter, das Buch „Corona Fehlalarm?“ und ähnliche. „Corona Fehlalarm?“ ist das Werk einer CAU-Biologie-Professorin, dem ihre eigene Fachschaft die Einhaltung wissenschaftlicher Standards abspricht. Die Fachschaft Medizin gibt zu Protokoll, mit vielen rhetorischen Fragen, mit unspezifischem Geraune und mit viel Polemik werde hier eine Projektionsfläche für Verschwörungstheoretiker aufgebaut.

Im Landtag haben wir inzwischen mehrere Anhörungen mit Expertinnen und Experten unterschiedlicher Professionen durchgeführt, weil auch wir uns -parteiübergreifend- so viel Normalität wie möglich wünschen. Die Zusammenfassung der Ergebnisse lautet: Maske tragen, Abstand halten und Impfen sind drei wesentliche Bausteine, um diese Pandemie hinter uns zu lassen.

In Kürze – Antworten der Landesregierung auf unsere Nachfragen im Ausschuss

Schuleingangsuntersuchungen: Die für die Einschulung zum kommenden Schuljahr 2021/22 durchzuführenden Schuleingangsuntersuchungen (SEU) werden aufgrund der Belastungen der Gesundheitsämter während der Corona-Pandemie voraussichtlich nicht vollumfänglich durchgeführt werden können. Die Situation in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, wie viele Kinder bereits untersucht wurden und wie viele Untersuchungen noch ausstehen, stellt sich jedoch unterschiedlich dar. Konkrete Zahlen hierzu liegen dem MSGJFS zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, da die Ergebnisse und Befunde der SEU landesweit erst nach Ende des Untersuchungsjahres ausgewertet werden. Die Kinder- und Jugendärztlichen Dienste (KJÄD) in den Kreisen und kreisfreien Städten sind sich der hohen Bedeutung der SEU, auch in Pandemiezeiten, bewusst und untersuchen derzeit regelmäßig prioritär die Kinder, welche z.B. von KiTas und Grundschulen als voraussichtlich förderbedürftig den KJÄD gemeldet werden.

Klassenfahrten: Für das Schuljahr 2019/2020 lagen mit Stand 29.09.2020 30.500 Anträge vor, wobei als Antrag die Anträge der Eltern/volljährigen Schülerinnen und Schüler und nicht die Klassenfahrten/Schulausflüge gezählt werden. Mit Stand 15.02.2021 sind 14.704 Anträge bearbeitet und 702.624,64 € ausgezahlt beziehungsweise vorerfasst worden.

Corona-Dashboard: Hier werden Inzidenzen, Infektionsfälle an Schulen etc. gesammelt. Die Daten sind Grundlage für Entscheidungen der Landesregierung, die in Rücksprache mit Gesundheitsämtern und dem Sozialministerium getroffen werden. Geplant ist, dieses Dashboard auch öffentlich zugänglich zu machen.

DaZ und Corona: DaZ-Schülerinnen und DaZ-Schüler, für die begründete Sorge besteht, dass sie durch die coronabedingten Einschränkungen Lernrückstände aufgebaut haben, die sie sehr schwer aufholen können, können nach Entscheidung der zuständigen Schulaufsicht im Einzelfall ein Schuljahr wiederholen, ohne dass dies auf die Höchstverweildauer in der DaZ-Basisstufe bzw. der DaZ-Aufbaustufe angerechnet wird.

Berufliche Bildung

Ausbildungsreport der DGB-Jugend Nord 2021

Die DGB-Jugend Nord hat einen umfangreichen Ausbildungsreport Schleswig-Holstein 2021 veröffentlicht. Er ist unter <https://nord.jugend.dgb.de> abzurufen oder über den DGB zu bestellen. Wichtigste Erkenntnisse sind:

- Die Zahl von geschlossenen Ausbildungsverträgen hat 2020 einen Tiefpunkt erreicht.
- 74 % der Auszubildenden sind mit ihrer Ausbildung insgesamt zufrieden.
- 12 % (Tendenz steigend) müssen häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten.
- 14 % haben keine*n Ausbilder*in an ihrer Ausbildungsstelle.
- 30 % leisten regelmäßig Überstunden.
- Rund zwei Drittel der Auszubildenden leben bei Eltern oder Verwandten, aber 68 % wollen gern eine eigene Wohnung.
- Die Auszubildenden geben ca. 15 % ihrer Vergütung für Fahrtkosten aus.

Es gibt mittlerweile Fördermittel des Landes, die Auszubildende beantragen können, die wegen Blockunterricht auswärtig übernachten müssen. Die unzumutbare Situation, dass Auszubildende in ihren Autos schlafen müssen, sollte bald der Vergangenheit angehören.

Hochschule

Digitalpakt

Unsere Hochschulen, ihre Fachbereiche und Institute sind sehr unterschiedlich auf digitale Lehre eingestellt sind. Ebenso sind nicht alle Studierenden optimal auf digitales Lernen eingestellt. Die Koalition fordert ein Programm, das der Bund zu 90 % bezahlen soll.

Die Hochschulen sollen über die Mittelverwendung autonom entscheiden dürfen, sofern der Verwendungszweck irgendetwas mit digital zu tun hat, und die Beantragung soll völlig unbürokratisch sein, auf die Vorlage von Digitalisierungskonzepten wird zunächst verzichtet; es reicht, ein Konzept nachzureichen, wenn das Geld schon ausgegeben ist.

Das passt nicht zu der Kleinteiligkeit der Antragsvoraussetzungen, mit denen Studienanfänger*innen den bescheidenen Einmal-Zuschuss von 800 Euro beantragen können. Jamaika will einen hochschulpolitischen Erfolg, und Olaf Scholz soll es bezahlen!

Es gab bereits im Mai 2020 einen Vorstoß aller (!) Landeswissenschaftsminister für ein Förderprogramm des Bundes mit einem Volumen von einer halben Milliarde Euro. Diese Forderung hat begreiflicherweise erheblichen Zuspruch, besonders der Technischen Universitäten, gefunden. Andere Länder wie Hessen haben bereits eigene Digitalpakete für die Hochschulen geschlossen haben.

Welche Fehlbedarfe an unseren Hochschulen hat das Wissenschaftsministerium im Bereich der Digitalisierung überhaupt ermittelt? Wenn man von anderen ziemlich viel Geld haben möchte, sollte man wenigstens erklären können, wofür man es genau ausgeben möchte. Das Konzept muss zielgenau sein, damit es möglichst schnell in konkrete Projekte abfließen kann. Wir haben im Interesse der Hochschulen dem Antrag der Koalition zugestimmt, erwarten aber von der Landesregierung, dass sie sobald wie möglich eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Digitalisierungsbedarfe an unseren Hochschulen vorlegt.

Studienstarthilfe

Der Landtag hat im Februar und im März darüber gesprochen, mit welchen Problemen die Studierenden und ganz besonders die Studienanfänger*innen zurzeit kämpfen müssen. Das Programm der Koalition zu einer Studienstarthilfe ist eine Einzelmaßnahme, die sicher vielen Studierenden kurzfristig helfen wird. Allerdings schafft es wegen des komplizierten Antragsverfahrens ein Bürokratiemonstrum.

Vorstellbar ist ein einfaches Antragsverfahren mit klaren Regeln, wer anspruchsberechtigt ist und mit dem Verweis, dass die Auszahlung unter dem Vorbehalt der Überprüfung und Rückforderung steht.

Das wirkliche Problem liegt natürlich auch hier in der Nachhaltigkeit. 2016 – also vor fünf Jahren – kam auf jede*n Studienanfänger*in einen Kostenberg zwischen 1.300 und 1.800 Euro zu. Jeder und jede, die sich noch an die ersten Wochen und Monate seines oder ihres Studiums erinnert, kennt noch das Gefühl, dass die finanziellen Herausforderungen einem über dem Kopf zusammenschlagen drohten.

Wir müssen, soweit es irgendwie möglich ist, verhindern, dass wegen Corona junge Menschen, die studieren wollen und können, auf das Studium verzichten oder es abbrechen – sowohl wegen dieser jungen Leute als auch wegen des Fachkräftemangels. Deshalb müssen alle Verantwortlichen, Regierung, Parlament und Studierendenwerk nach Wegen suchen, wirtschaftlich begründete Studienabbrüche zu verhindern. Da werden wir nicht umhinkommen, Stipendienprogramme und vor allem Darlehensprogramme aufzustocken.

In der jetzigen Situation sind wir einmal mehr froh, dass wir es damals durchgesetzt haben, die Idee von Studiengebühren auch in unserem Bundesland vor gut zehn Jahren sang- und klanglos zu beerdigen.

Die Corona-Krise zeigt uns auch an diesem Punkt, wie wenig zukunftsfähig unsere Systeme sind. Die Studienfinanzierung durch die öffentlichen Hände ist nur vordergründig konsumtiv. Faktisch ist es eine Investition in die Zukunft. Denn woher sollen unsere künftigen Lehrer*innen, Ärzt*innen, Jurist*innen sonst kommen?

Wir haben dem Koalitionsantrag zugestimmt, hoffen aber, dass wir zu einer Diskussion und Lösung einer nachhaltigen Studienfinanzierung kommen. Hier würde es u.a. helfen, uns bei unseren dänischen Nachbarn sachkundig zu machen.

Kultur

Kulturhilfen

Die Ministerpräsident*innen-Konferenz hat sich auch mit neuen Hilfsinstrumenten und Härtefallregelungen für die Kulturschaffenden befasst:

„Im Rahmen von zeitlich befristeten Modellprojekten können die Länder in einigen ausgewählten Regionen, mit strengen Schutzmaßnahmen und einem Testkonzept einzelne Bereiche des öffentlichen Lebens öffnen, um die Umsetzbarkeit von Öffnungsschritten unter Nutzung eines konsequenten Testregimes zu untersuchen. Zentrale Bedingungen dabei sind lückenlose negative Testergebnisse als Zugangskriterium, IT-gestützte Prozesse zur Kontaktverfolgung und ggf. auch zum Testnachweis, räumliche Abgrenzbarkeit auf der kommunalen Ebene, eine enge Rückkopplung an den Öffentlichen Gesundheitsdienst und klare Abbruchkriterien im Misserfolgsfalle.“

Jetzt heißt es wieder hoffen und bangen für Kulturschaffende. Welche Regionen werden es, und kann ich dort mitmachen?

Gerade in unserem Bundesland ist die Kulturwirtschaft kleinteilig und besteht zu einem großen Teil aus kleinen Einrichtungen und Projekten, die von wenigen Menschen, oft nur von einem oder einer einzigen getragen werden. Für viele dieser Kulturschaffenden gab es 2020 von einem Tag auf den anderen keine Auftritte und Engagements mehr. Gerade die Solo-Kulturschaffenden haben keine finanziellen Reserven, von denen sie zehren könnten, sondern haben schon vor dem März 2020 von der Hand in den Mund gelebt. Das Land und der Bund haben Sonderprogramme aufgelegt, um diesen Menschen über das Größte hinwegzuhelfen, aber ein Projektstipendium von einmalig 2.000 Euro kann nicht existenzrettend sein.

Wir sollten in dieser Situation auch ehrlich sein und nicht Hoffnungen schüren, die dann wie Seifenblasen zerplatzen: Die traurige Wahrheit ist, dass unsere Kulturlandschaft durch Corona ärmer werden wird.

Viele schriftliche und mündliche Stellungnahmen zum Stufenplan der Landesregierung enthielten Beschwerden, dass kulturelle Einrichtungen im Stufenplan schlechter gestellt werden als der Einzelhandel oder die Gastwirtschaften.

Ein Problem ist selbstverständlich die nicht vorhandene Planungssicherheit. Das Auf und Ab bei den Inzidenzwerten hindert die Kulturschaffenden nicht nur daran, Einnahmen zu erwirtschaften; es verlangt ihnen häufig auch noch Investitionen ab, die sich dann als Fehlinvestitionen herausstellen. So müssen Theater und Orchester im Hinblick auf neue Öffnungen proben. Das kostet Geld, das unter der jetzigen Situation in den Sand gesetzt wurde.

Wir brauchen jetzt schnell Klarheit über Modellregionen und Möglichkeiten. Und über zusätzliche Förderprogramme - auch mit Blick auf besondere Härtefälle.

Jüdisches Leben in Deutschland

Zum zweiten Mal hintereinander hat der Landtag das diesjährige Gedenken an 1.700 Jahre in Deutschland debattiert. Anlass war diesmal ein mündlicher Bericht der Landesregierung über ihre Aktivitäten zu diesem Anlass.

Jüdisches Leben ist mehr als die Abwehr des Antisemitismus. Wir haben in der Vergangenheit viel zu wenig Aufmerksamkeit auf die Normalität jüdischen Lebens in Deutschland gerichtet. Im Gespräch mit den jüdischen Gemeinden in Kiel und Lübeck wurden wir auf die Möglichkeit hingewiesen, das Laubhüttenfest als Teil des jüdischen Lebens für Schülerinnen und Schüler erfahrbar zu machen - mit anfassbaren, begehbaren Laubhütten, die als Ort des Austauschs dienen könnten.

Nur wenig an Grundkenntnissen über die jüdische Kultur und ihre Traditionen ist bei den allermeisten von uns verwurzelt; vermutlich wissen viele von uns heute mehr über Glauben und Traditionen der Muslime, die in größerer Zahl erst seit dem 20. Jahrhundert in Deutschland leben, als über die Traditionen der Juden, deren Leben auf dem Gebiet, das heute Deutschland ist, seit dem vierten Jahrhundert dokumentiert ist.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich über das jüdische Leben in Vergangenheit und Gegenwart zu informieren. Aber leider werden diese Möglichkeiten zu wenig genutzt. Die fast durchweg rückläufigen Besucherzahlen im [Jüdischen Museum Rendsburg](#) sind alarmierend, trotz aller Bemühungen der Museumsleitung. Hier wirkt sich Covid19 besonders verheerend aus, weil die Besucherfrequenzen sich in den Corona-Jahren nicht erholen können.

Dass die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten Herrn Carstensen und den jüdischen Verbänden und Gemeinden für das Gedenkjahr 2021

eine Reihe von Aktivitäten vorbereitet, unterstützen wir selbstverständlich. Aber das Gedenkjahr wäre verschwendet, wenn es nicht nachhaltig bliebe. In der Verantwortung stehen der Landtag, die Regierung und der Landesbeauftragte für jüdisches Leben dafür, dass jüdisches Leben in Deutschland keine abgeschirmte Nischenexistenz hinter hohen Mauern und kugelsicheren Pforten führt, sondern für alle Menschen erfahrbar bleibt.

Man muss sich kennen, um sich zu verstehen. In der Zeitung „Das Parlament“ vom 22.03.2021 geht es im Schwerpunkt um das Festjahr. Eine Überschrift dort lautet: „Hass gegen Unbekannt“. Gegen den Hass kann etwas tun, wer gegen die Unbekanntheit vorgeht.

Antirassismus

Endlich hat die Landesregierung zumindest die Eckwerte des seit vier Jahren angekündigten Aktionsplans gegen Rassismus vorgestellt. Die SPD hat dazu einen [Antrag](#) eingebracht, der abgelehnt wurde; die Koalition beschloss ein [eigenes Papier](#).

Dass so gut wie jeder Rechtsextremist auch ein Rassist ist, ist keine besonders sensationelle Erkenntnis. Aber rassistische Denkmuster sind in der Gesellschaft extrem weit verbreitet, auch bei Menschen, die mit rechtsextremem Denken und Handeln nichts zu tun haben. Es ist fraglich, ob es überhaupt irgendeinen Menschen gibt, der vollkommen frei von jeglichen Stereotypen ist; leider haben sie sich in den letzten Jahr immer wieder in der Polizei und in den Streitkräften gezeigt.

Wir setzen auf Aufklärung und auf politische Bildung, wir setzen aber auch auf Prävention und auf das entschlossene Einschreiten der Behörden. Dazu benötigen wir wissenschaftliche Expertise. Wir haben deshalb vorgeschlagen, an einer unserer Hochschulen eine Lehr- und Forschungsstelle einzurichten, die sich mit dem Rassismus in Schleswig-Holstein (und darüber hinaus) auseinandersetzt und die auch in der Lage sein soll, für Politik und Verwaltung Handlungsempfehlungen abzugeben.

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Dr. Ralf Stegner und Martin Habersaat vom 02.03.2021
Kommunalen Krankenhäusern helfen – Schülerinnen und Schüler besser unterstützen
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-02-18-07-04-5c21/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Jette Waldinger-Thiering vom 03.03.2021
Unterstützung für Schülerinnen und Schüler – Organisation darf nicht allein den Schulen überlassen bleiben

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-03-12-01-16-20f4/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Jette Waldinger-Thiering vom 09.03.2021
Erst „Das Schweigen der Lämmer“, jetzt „Robin Hood“

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-09-14-37-28-5534/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 15.03.2021
Landesweite Standards für das Distanzlernen per Videokonferenz

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-15-12-25-51-6e6e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 18.03.2021
Prien lässt wieder viele Fragen unbeantwortet

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-18-12-39-19-0b92/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Kai Vogel vom 26.03.2021
Wir können wirklich stolz auf unsere engagierten Eltern- und Schülervertretungen sein

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-26-14-04-13-038d/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Pressemitteilung von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 09.03.2021

Digitale Bankrotterklärung der Landesregierung

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-09-14-21-15-5420/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 25.03.2021

Jamaika investiert zu wenig in Künstliche Intelligenz

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-25-13-45-15-1e5b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 26.03.2021

Gute Digitalisierung darf nicht bei der Technik enden

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-26-11-22-48-75a7/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede zu Protokoll gegeben von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 26.03.2021

Studierende besser unterstützen – Studienfinanzierung nachhaltig gestalten

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-26-13-35-32-7feb/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Kultur

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25.03.2021

Jüdisches Leben ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-25-18-02-28-332b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 26.03.2021

Kulturschaffende wurden von der Corona-Pandemie wie von einem Tsunami erwischt

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-26-12-05-19-7915/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 03.03.2021

Weite Teile der AfD sind mehr als nur ein Verdachtsfall

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-03-13-27-17-26d4/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 16.03.2021

55 Jahre Kampf gegen Rassismus – wir geben nicht auf!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-16-15-51-43-5a9d/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Tobias von Pein vom 25.03.2021

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen konsequent gegen Rassismus

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-25-16-10-32-2a42/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel.
Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de